



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Toman, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand** und Fraktion (**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**)

### **Friedens- und Konfliktforschung in Bayern voranbringen – Lehrstuhl an einer Universität oder Hochschule einrichten**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerischen Hochschulen mit einem staatlichen Förderprogramm im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu unterstützen. Ziel ist, einen sichtbaren Beitrag in Lehre, Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Friedens- und Konfliktforschung zu ermöglichen. Alle bayerischen Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften können sich zeitnah an einem Wettbewerbsverfahren um das Förderprogramm bemühen, die Mittel sollen im Entwurf des nächsten Doppelhaushalts eingestellt werden.

#### **Begründung:**

Wie aus dem „Konfliktbarometer 2018“ des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung (HIK) hervorgeht, wurden 2018 weltweit 213 politische Konflikte mit Gewalt ausgetragen. Der Zivile Friedensdienst (ZFD), ein vom Bund gefördertes Programm für Gewaltprävention und Friedensförderung in Krisen- und Konfliktregionen, merkt dazu an, dass Konflikte sich mit Gewalt nicht nachhaltig beilegen lassen. Nur wenn sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen und friedliche Lösungen aushandeln, finden langfristig auch Demokratie und Sicherheit ihren Weg. Gewaltsam ausgetragene Konflikte verursachen Hunger und Elend und sind eine wesentliche Ursache dafür, dass Menschen aus ihrer Heimat fliehen und in anderen Ländern Asyl suchen.

Einer aktuellen Studie von Conciliation Resources und der Alliance for Peacebuilding zufolge sind 70 Prozent der Deutschen der Ansicht, dass mehr in Friedensförderung investiert werden müsse. Bei den Bemühungen um eine zivile Krisenprävention und friedliche Konfliktbeilegung leisten die Bundesländer besonders im Bereich der Friedensforschung einen wichtigen Beitrag durch die (Mit-)Finanzierung außeruniversitärer Einrichtungen sowie durch Forschung und Lehre an Universitäten, so etwa in Hamburg, Duisburg-Essen, Magdeburg, Marburg und Tübingen.

In Bayern existiert an der Universität Augsburg ein Lehrstuhl Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Friedens- und Konfliktforschung, es gibt jedoch keinen entsprechenden vollwertigen Master-Studiengang Friedens- und Konfliktforschung. Die Staatsregierung ist aufgefordert, gemeinsam mit den bayerischen Universitäten und Hochschulen den Bereich Friedensforschung und Konfliktprävention in Forschung und Lehre voranzubringen.